



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **TTIP- und CETA-Leaks ermöglichen öffentliche Auseinandersetzung mit transatlantischen Geheimabkommen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest,

1. dass die Offenlegung der geheimgehaltenen TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*) - und CETA (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*) - Verhandlungspapiere verdienstvoll ist und eine öffentliche Information und Diskussion zu beiden Handelsabkommen erst ermöglicht,
2. dass sich mit der Veröffentlichung die Kritik bestätigt, dass Verbraucherschutz sowie soziale und ökologische Standards den Markt- und Profitinteressen global agierender Unternehmen untergeordnet werden,
3. dass mit TTIP und CETA fairer, regionaler sowie sozial-ökologischer Handel zusätzlich behindert wird,
4. dass mit diesen beiden Handelsabkommen gegen die Interessen von Schwellen- und Entwicklungsländern an fairen internationalen Handelsbeziehungen verstoßen wird,
5. dass die geplante vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens ohne parlamentarische und öffentliche Beteiligung den Grundlagen einer parlamentarischen Demokratie widerspricht.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a) TTIP und CETA im Bundesrat abzulehnen und
- b) zu den genannten Abkommen öffentliche Informationsveranstaltungen und Anhörungen zu organisieren, wie es im Koalitionsvertrag beschrieben ist.

(Ausgegeben am 25.05.2016)

## Begründung

Anfang Mai 2016 hat die Pressestelle der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ Niederlande bislang geheime Verhandlungspapiere unter „www.ttip-leaks.org“ veröffentlicht. Ein Jahr zuvor hatte die „Tagesschau“ die ebenfalls hinter verschlossener Tür verhandelten Dokumente von CETA, dem kanadisch-europäischen Handelsabkommen, geleakt. Die 240 Seiten zu TTIP zeigen u. a., dass die USA den Export europäischer Automobilteile blockieren wollen, wenn die EU den Marktzugang für US-Agrarexporte nicht erweitern. Auch das in den europäischen Verträgen festgeschriebene Vorsorgeprinzip im Verbraucherschutz wird von US-Seite infrage gestellt durch das Verlangen wissenschaftlicher Beweise für Zulassungsbeschränkungen bei Kosmetika und Chemikalien. Des Weiteren lehnt die US-Verhandlungsgruppe einen öffentlichen Handelsgerichtshof ab und fordert weiterhin private Schiedsgerichte. Jüngste Studien belegen, dass sowohl in den USA als auch in der EU die Zustimmung in der Bevölkerung zu TTIP weiter gesunken ist, die Mehrheit der Menschen ist mittlerweile dagegen. Die EU-Kommission reagiert jetzt mit einer öffentlichen Befragung bis Ende dieses Jahres.

Die Offenlegungen der bisher geheim gehaltenen Verhandlungsstände sind verdienstvoll. So erwiesen sich die Beteuerungen der beteiligten Regierungen nach Erhalt der jeweils geltenden Standards als Farce. Wirtschaftsinteressen global agierender Unternehmen werden vor Demokratie und sozialökologische Belange der Bevölkerung gestellt. Sie ist demzufolge die Verliererin dieses Abkommens, ebenso wie die Länder des Südens. Deren Märkte und Produkte haben kaum Chancen gegen die transatlantische Konkurrenz. Der unfaire Welthandel und damit Hunger und Armut wird zementiert.

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist schlussverhandelt. Ende Februar 2016 hat die EU-Kommission den rechtsförmlich geprüften Vertragstext vorgelegt. Voraussichtlich im Juni 2016 wird die Kommission dem Rat der EU einen Beschlussentwurf des Abkommens zur Unterzeichnung vorlegen. Ab Sommer 2016 soll dann die Ratifizierung des seit 2009 geheim verhandelten Abkommens beginnen. Zunächst durch den Europäischen Rat und das Europaparlament. 2017 erreicht das Handelsabkommen voraussichtlich Bundestag und Bundesrat. Allerdings hat EU-Handelskommissarin Malmström angekündigt, Teile des CETA-Abkommens bereits ab Herbst dieses Jahres vorläufig anzuwenden. Damit werden Fakten geschaffen, die durch nachgelagerte parlamentarische Entscheidungen in den Mitgliedstaaten kaum rückholbar sind. Und das in einem Verfahren, bei dem weder die Kompetenz der EU geklärt ist, noch eine öffentliche Debatte zu diesem weitreichenden Abkommen stattgefunden hat. CETA enthält wie TTIP die weithin abgelehnten Klagerechte und Investorenschutzrechte gegen Staaten und deren Gesetzgebung. Wie viele andere Freihandelsverträge enthält CETA keine Artikel zum Schutz der Menschenrechte, Umweltstandards oder Einhaltung demokratischer Prinzipien. Beide Abkommen bedürfen weiterer öffentlicher Diskussion und parlamentarischer Anhörungen und Beteiligungen. Der Koalitionsvertrag verspricht im Europateil derartige Transparenz, was ausdrücklich begrüßt wird.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender